

währleistung der europäischen Sicherheit und die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten beschränken.

Die Deklaration des Politischen Beratenden Ausschusses der Staaten des Warschauer Vertrages über die Gewährleistung der Sicherheit und des Friedens stellte im Juli vorigen Jahres fest, daß es möglich ist, eine unerwünschte Entwicklung der Ereignisse in Europa, wo sich ein großer Teil der sozialistischen Länder befindet, abzuwenden. Von entscheidender Bedeutung dabei ist — wie ebenfalls in der Deklaration gesagt ist — die Einheit und Solidarität der europäischen sozialistischen Länder, ihre friedliebende Außenpolitik bei Aufrechterhaltung der Wachsamkeit gegenüber potentiellen Friedensstörungen.

Seit der Julitagung des Politischen Beratenden Ausschusses wurden auf der Konferenz der Außenminister der Warschauer Vertragsstaaten und durch den Abschluß der Freundschafts- und Beistandsverträge mit der Volksrepublik Polen und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik wesentliche Beiträge zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit geleistet. Die Pläne der Kiesinger/Strauß-Regierung, unter dem Stichwort „neue Ostpolitik“ gegen die DDR eine Neuauflage der Münchener Verschwörung zustande zu bringen, sind vereitelt worden. Die Freundschafts- und Beistandsverträge mit der Sowjetunion und unseren beiden Nachbarstaaten festigen den territorialen Status quo und entsprechen deshalb auch den Grundinteressen aller Völker Europas. Die Verträge schaffen und bekräftigen völkerrechtlich bindend in Mitteleuropa Tatsachen, hinter denen die vereinte Kraft der Staaten des Warschauer Vertrages steht, Tatsachen, mit denen deshalb jede realistische Europapolitik rechnen muß.

Diese Feststellung hat großes, ja, ich möchte sagen, ausschlaggebendes Gewicht für die europäische Sicherheit allgemein und für die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten im besonderen.

An der Frage der Anerkennung des Status quo scheiden sich heute in Europa die Regierungen in solche, die friedliche, und solche, die aggressive Ziele verfolgen. Die Regierung Kiesinger/Strauß weigert sich ebenso wie ihre Vorgängerin, den Status quo anzuerkennen. Sie droht sogar mit verschärften Spannungen, wenn er nicht verändert würde. Strauß lehnte in seiner Programmschrift des aggressiven westdeutschen Imperialismus sogar einen Atomwaffensperrvertrag mit der Begründung ab, daß durch ihn der Status quo in Europa zementiert und weitgehend legalisiert würde. Er will Kernwaffen, weil er den Status quo verändern will. Der Abschluß eines